

## Rüstungsexportkontrollgesetz: Jetzt muss die Ampel liefern!



**Eine restriktive Rüstungsexportpolitik – das hatte sich die Ampel-Koalition auf die Fahnen geschrieben. Die Zahlen des ersten Regierungsjahres sprechen jedoch eine andere Sprache. Regierung und Bundestag müssen nun endlich liefern: Ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das deutsche Rüstungsexporte tatsächlich in die Schranken weist!**

Mit 8,36 Milliarden Euro erreichten die deutschen Rüstungsexportgenehmigungen auch im Jahr 2022 einen Rekord. Es ist der zweithöchste Wert in der Geschichte des Landes. Nur 2021 lag er mit 9,35 Mil-

liarden Euro noch höher. Auch wenn man die Waffenlieferungen an die Ukraine abzieht (2,24 Milliarden Euro), genehmigte die Bundesregierung Exporte im Wert von über sechs Milliarden Euro. Selbst dieser Wert übersteigt zehn Jahreswerte der vorherigen fünfzehn Jahre. Fast 40 Prozent der Rüstungsexportgenehmigungen 2022 (3,24 Milliarden Euro) wurden für Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Staaten erteilt. Beim Drittstaatenanteil zeigt sich damit zwar ein Rückgang; doch unter den Empfängerländern sind weiterhin auch menschenrechtsverletzende Staaten und Länder in Krisenregionen.

Ein Eurofighter Typhoon wird auf einer Rüstungsmesse in Dubai angeboten  
Foto: dpa

➤ 2011

Die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« wird gegründet. Ihr Ziel: Eine Umkehr in der deutschen Rüstungsexportpolitik.

➤ ab 2012

Mit bildstarken Aktionen prangert die Kampagne die fatalen Konsequenzen deutscher Rüstungsexporte an.

➤ 2014

Über 95.000 Unterschriften für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot werden in Berlin an Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn übergeben.

➤ 2015

Die »Aktion Aufschrei« trifft im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages auf Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.



Fotos: »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« (3), Uwe Hixsch (1), Andrej Klizan (1), Simon Bödecker (2), Ralf Schlesener (1)

### Rüstungslieferungen an das Militärregime

So beliefert die Bundesregierung beispielsweise sechs der sieben Staaten auf der arabischen Halbinsel – bis Mitte Dezember 2022 entfallen auf sie Rüstungsexportgenehmigungen im Wert von 127,8 Millionen Euro. Trotz Kritik an den Genehmigungen der Vorgängerregierung für Ägypten, genehmigte auch die Ampel Rüstungsexporte an das Militärregime. Selbst Saudi-Arabien wurde im Rahmen europäischer Rüstungskoooperationen beliefert – trotz des Bekenntnisses, keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten zu erteilen, die »nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind«. Wie bei der Vorgängerregierung scheint jedoch eine Ausnahmeregel für gemeinschaftliche Rüstungsprojekte zu gelten. Das Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) bewertet diese Länder im Hinblick auf mindestens fünf der acht Kriterien des *Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte* als »kritisch« oder »möglicherweise kritisch«. Bekenntnisse genügen offensichtlich nicht, um deutsche Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten und in Krisenregionen endgültig zu stoppen. Was es braucht, ist eine Rüstungsexportkontrolle mit Biss!

### Lücken im Eckpunktepapier

Ob als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Prozessbegleitung oder in Gesprächen: In Kooperation mit der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« prangert Ohne Rüstung Leben seit Jahren

die fatalen Konsequenzen deutscher Rüstungsexporte an. Gemeinsam setzen wir uns für ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz ein. Wir fordern verbindliche und gerichtlich nachprüfbar Regeln, die deutsche Rüstungsexporte so stark wie möglich einschränken. Es ist auch der Verdienst unseres zivilgesellschaftlichen Engagements, dass sich die Ampel-Parteien im Koalitionsvertrag zu einem Rüstungsexportkontrollgesetz bekannt haben. Mittlerweile ist die Arbeit an diesem Gesetz in vollem Gange. Doch was am Ende zählt, ist der genaue Inhalt! Das im Oktober 2022 veröffentlichte erste Eckpunktepapier enthält zwar durchaus sinnvolle Ansätze, bleibt jedoch deutlich hinter unseren Erwartungen an eine restriktive Kontrolle zurück. Einige gravierende Lücken müssen im weiteren Gesetzgebungsverfahren dringend geschlossen werden.

### Für ein Gesetz mit Biss!

So zeigen die aktuellen Rüstungsexportzahlen, wie überfällig ein Verbandsklagerecht ist, mit dem gerichtlich überprüft werden kann, ob sich die Bundesregierung an ihre eigenen Regeln hält. Ohne ein Klagerecht hätte die Regierung weiterhin keine ernsthafte Rechenschaftspflicht für ihre Exportentscheidungen. Hier muss dringend nachgebessert werden! Gleiches gilt für europäische Rüstungskoooperationen, bei denen eine Veto-Möglichkeit erhalten bleiben muss, damit die deutschen Regelungen nicht ausgehebelt und bestehende europäische Kriterien durchgesetzt werden können. Zudem ist bislang nicht ersichtlich, was die Bundes-



**ab 2018**  
Der Heckler & Koch-Prozess bringt die gravierenden Schwächen der deutschen Rüstungsexportkontrolle an die Öffentlichkeit.

**2019**  
Mit Plakaten in der Berliner U-Bahn machen wir deutsche Rüstungsexporte an kriegführende Staaten zum weithin sichtbaren Thema.

**2021**  
Im Wahlkampf und während der Koalitionsverhandlungen fordern wir ein Bekenntnis zu einem Rüstungsexportkontrollgesetz.

**ab 2022**  
Ohne Rüstung Leben bringt sich in die Debatte um das Rüstungsexportkontrollgesetz ein: Bei Fachgesprächen, mit Aktionspostkarten und mit guten Argumenten.



regierung der Internationalisierung deutscher Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall oder Sig Sauer entgegensetzen will. Bestehende Lücken im Hinblick auf ausländische Tochterunternehmen und Joint Ventures, technische Unterstützung und Know-how-Transfers werden bisher nicht berücksichtigt.

Diese Kritikpunkte haben wir bereits mehrfach an die Bundesregierung herangetragen. Im Jahr 2022 nahm Ohne Rüstung Leben unter anderem an mehreren Fachgesprächen mit dem Wirtschaftsministe-

rium teil und stellte unsere Erwartungen an das zukünftige Rüstungsexportkontrollgesetz vor. Nun erhöhen wir den Druck und wenden uns auch an die Ampel-Fraktionen im Deutschen Bundestag, damit diese unser Anliegen unterstützen: Eine deutsche Rüstungsexportkontrolle mit Biss!

**Charlotte Kehne**

Unsere Erwartungen an das zukünftige Rüstungsexportkontrollgesetz und aktuelle Analysen finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten](http://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten).

**Rüstungsexportkontrolle mit Biss!**

**Musterbrief an die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien**

Im Oktober 2022 legte das Wirtschaftsministerium erste Eckpunkte für ein zukünftiges Rüstungsexportkontrollgesetz vor. Derzeit werden diese in der Bundesregierung diskutiert. Anschließend soll ein Gesetzentwurf erarbeitet, im Bundestag beraten und schließlich beschlossen werden.

Fordern Sie mit uns die Ampel-Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, schon jetzt aktiv zu werden. Senden Sie unseren Musterbrief an die Fraktionsvorsitzenden und bitten Sie diese, sich dafür einzusetzen, dass das zukünftige Rüstungsexportkontrollgesetz

- ein Verbandsklagerecht beinhaltet.
- die Lücken für international tätige deutsche Rüstungsunternehmen schließt.
- eine Veto-Möglichkeit im Rahmen europäischer Rüstungs Kooperationen erhält.

Musterbriefe erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de).

[www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen)

Absender/-in \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

An \_\_\_\_\_

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Senden Sie diesen Brief an die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien (bitte eine Person nicht antragen):

- Herrn Dr. Rolf Mützenich (SPD)
- Frau Katharina Chrigel (Grüne)
- Frau Britta Hallensleben (Linke)
- Herrn Christian Dünn (FDP)

**Rüstungsexportkontrolle mit Biss!**

Sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender,

mit dem Koalitionsvertrag hat sich Ihre Partei zu einem Rüstungsexportkontrollgesetz bekannt. Dass die Arbeit an diesem Gesetz in vollem Gange ist, begrüße ich. Gleichzeitig ist es für mich jedoch inakzeptabel, dass auch 2022 deutsche Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten und in Krisenregionen – wie Katar, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate – genehmigt wurden. Selbst Saudi-Arabien wurde im Rahmen europäischer Rüstungs Kooperationen weiter beliefert!

Daran zeigt sich, wie notwendig ein Kontrollgesetz ist, das deutsche Rüstungsexporte tatsächlich in die Schranken weist. Ich unterstütze daher die Forderungen von Ohne Rüstung Leben und der «Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel».

Ein Rüstungsexportkontrollgesetz, dessen Regelungen durch international agierende Rüstungskonzerne und im Rahmen europäischer Rüstungs Kooperationen ausgehebelt werden können, bliebe in seiner Wirkung zahllos. Gleiches gilt, wenn seine Anwendung nicht durch ein Verbandsklagerecht gerichtlich überprüft werden kann. Was es jetzt braucht, ist jedoch ein Gesetz mit Biss!

**Ich fordere Sie auf, sich im Gesetzgebungsverfahren dafür einzusetzen, dass das Rüstungsexportkontrollgesetz**

- ein Verbandsklagerecht beinhaltet, damit gerichtlich überprüft werden kann, ob sich die Bundesregierung an ihre eigenen Regeln hält!
- die Lücken schließt, die es international tätigen deutschen Rüstungsunternehmen erlauben, deutsche Rüstungsexportregelungen zu umgehen!
- eine Veto-Möglichkeit im Rahmen europäischer Rüstungs Kooperationen erhält, damit die deutschen Regelungen nicht ausgehebelt und bestehende europäische Kriterien durchgesetzt werden können!

Mit freundlichen Grüßen

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

PS: Unsere Erwartungen an das zukünftige Rüstungsexportkontrollgesetz finden Sie detailliert unter [www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen).

Die Aktion «Rüstungsexportkontrolle mit Biss!» führt wir in Kooperation mit der «Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel» im Rahmen unserer gemeinnützigen Öffentlichkeitsarbeit durch. © und kostenloser Bezug: Ohne Rüstung Leben | Arndtstr. 31 | 70197 Stuttgart | [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de) | Spenden: IBAN: 6166 0000 0000 0000 0000 0000 | BIC: GEBODE333 | [www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de)

# Ringen um jeden Euro

Kampagne »Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken«

Gemeinsam mit vielen weiteren Organisationen ruft Ohne Rüstung Leben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu auf, für eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Krisenprävention und Friedensförderung einzutreten. 30 Abgeordnete haben bislang unterzeichnet – und die Kampagne zeigt erste Wirkung.

Die geplanten Kürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung wurden kurz

vor dem Ende der Haushaltsverhandlungen im November 2022 zurückgenommen; einzelne Etats für 2023 sogar erhöht. Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst steigen um 5 Millionen Euro. Das ist auch ein Erfolg unserer hartnäckigen Arbeit! Doch während neue Milliarden für die Bundeswehr schnell beschlossen sind, müssen wir für zivile Friedensförderung weiterhin um jeden Euro ringen: In den nächsten Jahren drohen wieder Kürzungen.

Kontaktieren Sie daher jetzt die Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlkreises und bitten Sie sie, den Aufruf »Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken« zu unterzeichnen. Alle Informationen zur Kampagne finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen). Dort können Sie auch nachschlagen, welche Abgeordneten bereits dabei sind.

**Simon Bödecker**



# Frieden in Bewegung 2023

Friedenswanderung quer durch Deutschland

Nach dem Erfolg der Friedenswanderung 2021 planen die NaturFreunde Deutschlands nun eine Neuauflage. Ohne Rüstung Leben lädt Sie herzlich dazu ein.

Start ist am 26. April 2023 vor dem Europaparlament in Strasbourg. Die weiteren 67 Etappen führen über Saarbrücken, Mannheim, Würzburg, Nürnberg,

Plauen und Dresden bis nach Terezín (Tschechische Republik). Das frühere Konzentrationslager Theresienstadt wird am 2. Juli 2023 erreicht.

Auf der fast 1.000 Kilometer langen Strecke gibt es wieder ein breites Programm mit Kundgebungen, Führungen, Empfängen bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie zahlreichen Abendveranstaltungen.

Alle Infos zu den einzelnen Etappen und zur Teilnahme finden Sie unter [www.naturfreunde.de/frieden-in-bewegung-2023](http://www.naturfreunde.de/frieden-in-bewegung-2023).

Foto: Reinhold Krause,  
NaturFreunde Springe





# Anlass zu Hoffnung und Sorge

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu schaffen. Gleichzeitig weist sie jedoch auf weiter bestehende gravierende Missstände hin – auch in den Eckpunkten zum zukünftigen Gesetz. Gute Ansätze drohen steckenzubleiben. In ihrem Rüstungsexportbericht 2022 analysiert die GKKE die deutschen Exportgenehmigungen 2021 und bewertet aktuelle Entwicklungen. Wir dokumentieren Kernaussagen.

Mit 9,35 Milliarden Euro erreichten die Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Jahr 2021 den höchsten Wert aller Zeiten. Dabei handelt es sich im Vergleich zum Vorjahr um einen Anstieg um über 60 Prozent. An Staaten außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Ländern wurden 2021 Ausfuhren in Höhe von 5,95 Milliarden Euro genehmigt. Damit stieg der Anteil der Genehmigungen für Exporte an Drittstaaten deutlich auf 63,6 Prozent an (2020: 50,1 Prozent). Auf Kriegswaffen bezogen stieg dieser Anteil sogar auf 89,8 Prozent (2020: 56 Prozent).

### Drittstaatenexporte zur Regel geworden

Angesichts dieser Werte hält es die GKKE nicht mehr für vertretbar, von Ausnahmefällen zu sprechen. Vielmehr seien Rüstungsexporte an Drittstaaten zur Regel geworden und machten oft mehr als die Hälfte der Genehmigungswerte aus. Die GKKE fordert die Bundesregierung erneut dazu auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und ausnahmslos keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann tatsächlich eine plausible außen- und sicherheitspolitische Begründung dafür vorweisen.

Mit einem Wert von 4,34 Milliarden Euro war Ägypten Hauptempfänger der 2021 genehmigten Rüstungsexporte. Noch kurz vor der Amtseinführung von Bundeskanzler Olaf Scholz genehmigte die damalige schwarz-rote Bundesregierung Exporte in Milliardenhöhe für den hochproblematischen Drittstaat: drei MEKO-Fregatten der Firma ThyssenKrupp Marine Systems sowie 16 IRIS-T Luftabwehrsysteme der Firma Diehl Defence.

Eine fabrikneue Fregatte des Typs MEKO A-200 für die Ägyptische Marine im August 2022 in Kiel  
Foto: dpa



## Beispiele für problematische Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte

Land	Menschenrechtssituation	Interne Gewaltkonflikte	Regionale Sicherheit	Wert deutscher Einzelausfuhrgenehmigungen 2021*
Ägypten	—————	—————	—————	4.339.348.576
Brasilien	—————	—————	—————	143.503.844
Burkina Faso	—————	—————	—————	2.775.624
Indien	—————	—————	—————	32.985.646
Jordanien	—————	—————	—————	9.732.456
Indonesien	—————	—————	—————	29.003.177
Israel	—————	—————	—————	87.978.727
Katar	—————	—————	—————	53.402.902
Saudi-Arabien	—————	—————	—————	2.516.056
Türkei	—————	—————	—————	11.101.197
VAE	—————	—————	—————	36.279.759

\*in Euro

————— kritisch

————— möglicherweise kritisch

Quelle: Rüstungsexportbericht 2022 der GKKE / Länderbewertungen: BICC

### Weiterhin Exporte an die Jemen-Kriegskoalition

Doch nicht nur das menschenrechtsverletzende Militärregime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi, das auch im Jemen und in Libyen kriegführende Parteien unterstützt hat, erhielt deutsche Rüstungsgüter. Trotz des »Exportstopps« entfielen 2021 auch Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen in dreistelliger Millionenhöhe auf Saudi-Arabien. Dabei handelt es sich um Genehmigungen im Rahmen von Gemeinschaftsprogrammen. Die GKKE kritisiert scharf, dass auch die Ampel-Regierung die entsprechende Lücke im Exportstopp nutzte. Kurz vor der Reise von Bundeskanzler Olaf Scholz in die Golfregion im September 2022 genehmigte sie den Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien. Darunter Ausrüstung und Munition für die Kampfflugzeuge Eurofighter und Tornado im Wert von 36 Millionen Euro. Mit solchen Flugzeugen werden Luftangriffe auf jemenitische Ziele geflogen. Auch für die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten genehmigte die Regierung im September 2022 Rüstungsexporte. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, keine Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen an Embargobrecher und die Jemen-Kriegsparteien zu erteilen – dies gelte insbesondere auch für europäische Gemeinschaftsproduktionen.

### Erwartungen an das neue Kontrollgesetz

Das geplante Rüstungsexportkontrollgesetz begrüßt die GKKE, zeigt sich jedoch gleichzeitig skeptisch: »Die vorliegenden Eckpunkte des zukünftigen Gesetzes geben Anlass zur Hoffnung, allerdings auch Grund zur Sorge«, so Prälat Dr. Karl Jüsten, der katho-

liche GKKE-Vorsitzende. Er fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag dazu auf, die Lücken in der Ausarbeitung des künftigen Gesetzes zu schließen: »Ein Rüstungsexportkontrollgesetz ohne ein Verbandsklagerecht bliebe in seiner restriktiven Wirkung zahnlos«. Besonders problematisch ist für die GKKE auch die De-facto-Festschreibung des Vorranges europäischer Rüstungsk Kooperationen. Zwar setzten die Eckpunkte auf eine anzustrebende EU-Rüstungsexportverordnung, jedoch bliebe das für die deutsche Genehmigungspraxis zu unverbindlich. Die GKKE fordert deshalb, dass die Veto-Möglichkeit bei Gemeinschaftsprojekten erhalten bleibt.

Redaktion: **Charlotte Kehne**, Januar 2023

- Der Rüstungsexportbericht der GKKE steht als PDF-Datei unter [www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen](http://www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen) zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 148 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

**Brot für die Welt**

mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de), [www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de).

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, [www.ohne-ruestung-leben.de/spenden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/spenden).



# Was Sie über Atomwaffen wissen sollten

Viele Menschen hatten geglaubt, das nukleare Zeitalter sei überwunden. Doch nun sind die schrecklichsten aller Waffen zurück im Bewusstsein der Öffentlichkeit: weltweite Aufrüstungspläne, Rakentests in Nordkorea und atomare Drohungen aus Moskau. Wir fassen die wichtigsten Fakten zum Thema zusammen.

### »Atomare Abschreckung« – ein gefährlicher Mythos

Schon 1970 haben sich die großen Atommächte in Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) zu vollständiger Abrüstung verpflichtet. Dennoch befinden wir uns heute mitten in einem neuen Wettrüsten: Weltweit existieren mehr als 12.000 Atomwaffen; etwa 2.000 sind ständig in höchster Alarmbereitschaft. Jede einzelne davon kann Millionen Menschen töten, radioaktiv verstrahlen und noch Generationen später Krankheiten verursachen. Begründet wird das Festhalten an nuklearen Waffen mit der »Atomaren Abschreckung«. Die Atomwaffen-

staaten hoffen, ihre Sicherheit dadurch wahren zu können, dass sie für den Fall eines Angriffes mit einem nuklearen Gegenschlag drohen. Das ist nicht nur ethisch verwerflich, weil es die Menschheit in nukleare Geiselhaft nimmt. Es ist auch nicht bewiesen, ob die Abschreckung überhaupt funktioniert. Russland und Nordkorea zeigen zudem, dass die Drohung mit Atomwaffen völkerrechtswidrige Angriffskriege oder schwere Menschenrechtsverstöße möglich macht. Und nicht zuletzt führt der Glaube an die »Atomare Abschreckung« dazu, dass Staaten sich zu wenig um die frühzeitige Beilegung von Konflikten durch Vertrauensbildung und Diplomatie bemühen.

### Atomwaffen haben furchtbare humanitäre Folgen

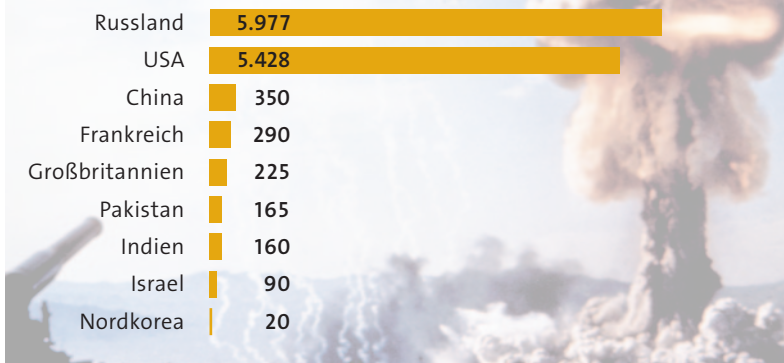
Die Bomben von Hiroshima und Nagasaki waren relativ klein – dennoch töteten sie in kürzester Zeit über 210.000 Menschen. Und noch immer verursacht die Strahlung schwere Geburtsschäden.

Russische RS-24-Interkontinentalraketen bei einer Übung im Jahr 2017  
Foto: dpa



## Anzahl der Atomsprenghöpfe weltweit

Stand: Januar 2022



Quelle: Friedensforschungsinstitut SIPRI  
Foto: gemeinfrei

Würde heute eine Atomrakete auf eine Großstadt abgefeuert, wären Millionen Menschen binnen Sekunden tot. Das Komitee des Roten Kreuzes warnt, dass keine medizinische Versorgung der Überlebenden möglich wäre. Ein Atomkrieg könnte sogar das Klima verändern und schwere Hungersnöte auslösen. Atomwaffen treffen vor allem die Zivilbevölkerung – unter anderem deshalb hat der Internationale Gerichtshof 1996 den Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt!

Doch Gefahr droht nicht nur von Angriffsplänen: Menschen machen Fehler, technische Systeme können versagen. Es gab bereits zahlreiche Irrtümer und schwere Unfälle – dass bislang keiner davon in einer nuklearen Katastrophe endete, lässt sich nur mit Glück erklären. Solange Atomwaffen existieren, ist die Menschheit bedroht!

### Deutschland ist Teil des Problems

Auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz sind 15 bis 20 US-Atombomben stationiert. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe werden deutsche Pilotinnen und Piloten ausgebildet, diese Waffen im Kriegsfall einzusetzen. Somit ist Deutschland potenzielles Ziel und potenzieller Ausgangsort atomarer Angriffe! Nun sollen die Bomben durch hochgerüstete US-Atomwaffen vom Typ B61-12 ersetzt werden. Zudem will die Bundesregierung das Kampfflugzeug F-35A zum neuen deutschen Atombomber machen.

Angesichts wachsender Spannungen in Europa wird immer deutlicher, dass die Atomwaffen in Deutschland keinen Schutz bieten, sondern zur Eskalation beitragen. So warnen mehrere deutsche Friedens-

forschungsinstitute: »Mittelfristig kann nukleare Deeskalation in Europa nur durch ein Ende der nuklearen Teilhabe erreicht werden«.

### Die Lösung: der Atomwaffenverbotsvertrag

Die atomwaffenfreien Länder und das weltweite ICAN-Bündnis haben in den letzten Jahren scheinbar Unmögliches erreicht: Die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen! Seit Februar 2021 verbietet der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) allen Vertragsstaaten Entwicklung, Erwerb, Besitz, Weitergabe, Stationierung, Drohung mit und Einsatz von Kernwaffen. Er sieht Programme zur Unterstützung der Millionen Menschen vor, die unter den Folgen von Atomtests leiden. Und er legt fest, wie die Abrüstung von Atomwaffen in beitriftswilligen Staaten organisiert wird. Bis Ende 2022 waren bereits 68 Staaten dem UN-Atomwaffenverbot beigetreten – und es werden stetig mehr.

Die Bundesregierung hat an der ersten AVV-Staatenkonferenz im Juni 2022 als Beobachterin teilgenommen – doch das genügt nicht. Dank seiner zentralen Lage und politischen Bedeutung hat Deutschland eine Vorbildfunktion. Die Regierung sollte diese nutzen, um für die Ziele des Atomwaffenverbotes zu werben. Und sie sollte ihren Worten Taten folgen lassen: Jetzt ist der Moment, alle nötigen Schritte einzuleiten, um mittelfristig die nukleare Teilhabe zu beenden und dem AVV beizutreten. Und damit ein Zeichen für Deeskalation und Frieden zu setzen.

Simon Bödecker, Januar 2023

Ohne Rüstung Leben ist offizieller deutscher ICAN-Partner und Trägerorganisation der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt«. Aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot](http://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot).



In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

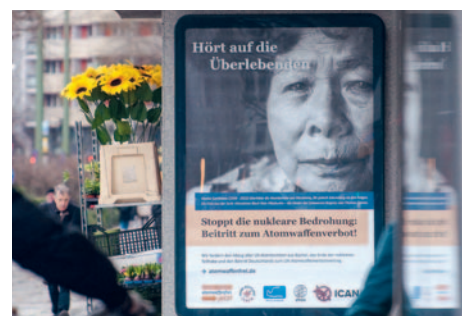
© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de), [www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de).

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, [www.ohne-ruestung-leben.de/spenden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/spenden).



# Hört auf die Überlebenden

Plakatkampagne für das Atomwaffenverbot



Ernst sieht die Frau den vorübergehenden Menschen entgegen. Die Zeit hat Spuren auf ihrer Haut hinterlassen, doch ihr Blick ist stark und voller Würde. Über ihrer Stirn sind die mahnenden Worte zu lesen: »Hört auf die Überlebenden«.

An mehr als 25 Standorten in Berlin-Mitte haben die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« und Ohne Rüstung Leben dieses Motiv aufhängen lassen. Zum zweiten Jahrestag des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) am 22. Januar 2023 trugen wir so eine unübersehbare Bot-

schaft in die Hauptstadt: Stoppt die nukleare Bedrohung! Zu sehen waren unsere Plakate unter anderem im Bahnhof Friedrichstraße, entlang der Leipziger Straße und rund um den Alexanderplatz. Unweit von Bundestag und Ministerien wurden so zehntausende Menschen mit unseren Forderungen konfrontiert.

Die Frau auf den Plakaten ist Kiyoko Sumikawa. Sie überlebte den Atombombenangriff auf Hiroshima, litt jedoch lebenslang an den gesundheitlichen Folgen. Das einfühlsame Portrait stammt vom Fotografen Thomas Damm.

Es folgt dem gleichen Gedanken wie unsere Aktionspostkarte »Raus aus dem nuklearen Wahnsinn!« mit dem Portrait von Setsuko Thurlow. Die Gesichter und Berichte der Überlebenden lassen uns begreifen, wie real die Bedrohung ist. Und wie unverzichtbar jeder Schritt hin zu nuklearer Abrüstung.

**Simon Bödecker**

Mehr über die Plakatkampagne und unsere Arbeit für das Atomwaffenverbot finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot](http://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot).

Fotos: Simon Bödecker





# Wege zum Frieden aufzeigen!

Ein Jahr nach Beginn  
des Angriffskrieges auf die Ukraine

Teilnehmerinnen  
der Großdemonstration für Frieden  
und atomare  
Abrüstung am  
5. November 2022  
in Rom  
Foto: dpa

Am 24. Februar 2023 dauerte der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seit einem Jahr an. Ohne Rüstung Leben rief aus diesem Anlass zum Aktionswochenende »Stopp das Töten in der Ukraine!« auf. Zudem veröffentlichten wir eine umfangreiche Analyse der aktuellen Situation. Hier finden Sie die zentralen Aussagen.

Der Krieg auf europäischem Boden löst auch in Deutschland tiefgreifende politische Debatten und viele offene Fragen aus. Ohne Rüstung Leben steht an der Seite aller Menschen, die durch den Krieg schreckliches Leid erfahren. Die politische Führung Russlands fordern wir auf, die Kämpfe sofort zu beenden und das Völkerrecht zu achten!

## Dabei haben wir zwei Gewissheiten:

- Jeder weitere Tag, an dem der Krieg andauert, bedeutet mehr Tote, Verletzte und Vertriebene, mehr Zerstörung von Städten und Infrastruktur, weitere Rückschläge im Kampf gegen die Klimakrise sowie gravierende wirtschaftliche Folgen für Millionen Menschen weltweit.
- Der Krieg kann nur am Verhandlungstisch beendet werden. Daher werden Russland und die Ukraine miteinander sprechen müssen – unter internationaler Vermittlung und auf Grundlage des Völkerrechtes. Je früher das geschieht, umso mehr Leid und Tod kann verhindert werden.

Erstes Ziel müssen daher Gespräche über einen Waffenstillstand sein. Wenn die unmittelbaren Kriegshandlungen eingefroren sind, können die Grundlagen für weitere Verhandlungen geschaffen und ein Friedensplan auf dem Boden des Völkerrechtes entwickelt werden. Das ist ein schwieriger, aber unverzichtbarer Weg. Deutschland sollte sich maßgeblich dafür einsetzen!

## Waffenlieferungen an die Ukraine – ein Dilemma

Die Forderung der Ukraine nach deutschen Waffen stellt viele Menschen vor ein Dilemma: Wir teilen den starken Wunsch, die Ukraine darin zu unterstützen, sich gegen den Überfall auf ihr



Land und die Gräueltaten zu verteidigen. Gleichzeitig ist klar, dass Waffen immer Leid und Tod mit sich bringen. Jede Entscheidung – ob für oder gegen Waffenlieferungen – hat weitreichende moralische, politische und humanitäre Konsequenzen. Deshalb ist es der deutschen Demokratie unwürdig, wie darüber debattiert wird.

Mit der aktuellen Lieferung von immer mehr und immer offensiveren Waffen geht eine wachsende Gefahr der Eskalation einher. Der Krieg könnte auf weitere Staaten übergreifen oder Wladimir Putin die militärische Unterstützung als einen Kriegseintritt der NATO auffassen! Wir fragen uns zudem, wie die Waffenlieferungen dazu beitragen sollen, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen.

### Die Rolle der Atomwaffen im Ukraine-Krieg

In der Ukraine herrscht ein Angriffskrieg, der durch den atomaren Schutzschirm Russlands abgesichert wird. Das zeigt erneut die Absurdität der nuklearen Abschreckung und macht deutlich, wie groß die humanitäre Gefahr durch Atomwaffen

ist. Moskau hat mehrmals indirekt mit einem Einsatz von Atomwaffen gedroht – allein der Gedanke, einen militärischen Sieg über Russland erzielen zu wollen, ist daher brandgefährlich.

Die Situation, in der wir uns heute befinden, ist auch die Folge einer gescheiterten Atomwaffenpolitik der vergangenen Jahre. Wir erwarten von der deutschen Bundesregierung, dass sie in der NATO darauf drängt, den Ersteinsatz von Atomwaffen endlich auszuschließen. Damit einhergehend fordern wir einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Damit wäre die Grundlage für eine neue Friedensordnung in Europa geschaffen und der Weg frei für einen deutschen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot (AVV).

### Zivile Friedensfähigkeiten stärken

Nach einem Jahr drängt sich der Eindruck auf, dass es sich bei der »Zeitenwende« der Bundesregierung in erster Linie um ein überstürztes Rüstungs-Beschaffungsprogramm handelt. Dabei fehlen Deutschland vor allem zentrale Friedensfähigkeiten: Diplomatie,

Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung sind seit Jahren unterfinanziert. Eine umfassende Strategie für eine neue deutsche Außen- und Friedenspolitik ist überfällig.

Ohne Rüstung Leben fordert von der Bundesregierung eine Politik, die Wege zum Frieden aufzeigt. Dazu gehört, einen Waffenstillstand in der Ukraine zum Ziel der aktuellen Bemühungen zu machen. Wer Frieden will, muss zudem nuklear abrüsten und sich vom Blockdenken lösen. Auch der Einsatz gegen die Klimakrise, gegen den Hunger auf der Welt und für eine gerechte Wirtschaftsordnung sind fundamentale Beiträge zum Frieden. Und schließlich muss es darum gehen, eine neue Friedensordnung für Europa zu entwickeln. Das wäre dann eine wirkliche Zeitenwende!

### Simon Bödecker

Unterstützen Sie unsere Forderungen und senden Sie den Musterbrief »Wege zum Frieden aufzeigen!« an Außenministerin Annalena Baerbock. Alle Informationen zur Aktion finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen). Den vollständigen Wortlaut unserer Analyse sowie mehr von den Aktionen rund um den 24. Februar 2023 können Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten](http://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten) nachlesen.

Links: Straßenszene in Irpin bei Kiew  
Foto: dpa

Rechts: Ein Graffiti erinnert in Bratislava an den nahen Krieg  
Foto: Simon Bödecker



## Liebe Leserin, lieber Leser,

während ich diese Zeilen schreibe, herrscht Krieg in der Ukraine – und hierzulande herrscht eine beschämend einseitige Debatte über Waffenlieferungen. Dabei bedeutet jeder weitere Tag, an dem die Kämpfe andauern, mehr Zerstörung, mehr Vertriebene, mehr Tote und Verletzte! Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges appellieren wir an die Bundesregierung, endlich auf einen Waffenstillstand und Verhandlungen hinzuwirken (Seite 10).

Was im Schatten des Ukraine-Krieges schnell übersehen wird: Deutschland exportiert weiterhin Waffen an andere Staaten. Auch Ägypten, Indonesien, Katar und sogar Saudi-Arabien durften sich zuletzt über deutsche Rüstungslieferungen freuen. Niemand kann sagen, ob diese zur Repression, zu Menschenrechtsverletzungen oder in Kriegen wie im Jemen genutzt werden. Deshalb streiten wir weiter für ein wirksames Rüstungsexportkontrollgesetz (Seite 1).

Es gibt viele gute Gründe, sich für Frieden und Abrüstung zu engagieren. Für mich gehören dazu vor allem die ergreifenden Berichte der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki. Mit einer Plakataktion haben wir jetzt eine von ihnen ins Herz des politischen Berlins getragen und ein Ende der nuklearen Bedrohung gefordert (Seite 9).



Ich danke Ihnen sehr für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung!

Ihr 

Simon Bödecker

### Impressum

#### Herausgeber

Ohne Rüstung Leben  
Arndtstraße 31  
70197 Stuttgart  
Telefon 0711 608396  
E-Mail [orl@gaia.de](mailto:orl@gaia.de)  
[www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de)

#### Verantwortlicher Redakteur

Simon Bödecker

#### Auflage:

15.000

#### Informationen zum

#### Datenschutz:

[www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz](http://www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz)

#### Redaktionsschluss

15. Februar 2023



## Inhalt

### 1 | Titel

Rüstungsexportkontrollgesetz: Jetzt muss die Ampel liefern!

### 3 | Aktion

Rüstungsexportkontrolle mit Biss!

### 4 | Aktion

Kampagne »Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken«

### 4 | Aktion

Frieden in Bewegung 2023

### 5 | kompakt

Rüstungsexportbericht 2022 der GKKE

### 7 | kompakt

Was Sie über Atomwaffen wissen sollten

### 9 | Aktion

Plakatkampagne für das Atomwaffenverbot

### 10 | Aktuell

Wege zum Frieden aufzeigen!  
Ein Jahr nach Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine

### Spenden

Ohne Rüstung Leben  
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41  
BIC GENODEF1E1K1 | Evangelische Bank  
[www.ohne-ruestung-leben.de/spenden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/spenden)